



BILDUNGSREGION
Landkreis Osnabrück

WERTSCHÄTZUNG PROZESS
INTERESSEN BESCHWERDE
MACHTABGABE KREATIVITÄT
MITBESTIMMUNG STIMMRECHT
PARTIZIPATION
SICHERHEIT RECHTE DEMOKRATIE
MITSPRACHE TEILHABE
VERANTWORTUNG MITGESTALTER
ENTSCHEIDUNGEN MITEINANDER
KOMMUNIKATION

WortWolke24.de

Demokratiebildung im Landkreis Osnabrück

Rahmenkonzept

Mai 2024





Rahmenkonzept „Demokratiebildung im Landkreis Osnabrück“

Inhaltsverzeichnis

- 1 Definition Demokratiebildung
- 2 Erlass zur Stärkung der Demokratiebildung an Schulen
- 3 Demokratiebildung im Landkreis Osnabrück
- 4 Demokratiebildungsanlässe
 - 4.1 Politische Bildung
 - 4.2 Informelle Bildung
 - 4.3 Non-formale Bildung
 - 4.4 Formale Bildung
- 5 Zusammenfassung und Ausblick



1. Definition Demokratiebildung

Demokratiebildung heißt, Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen!

Auch innerhalb Deutschlands nehmen wir verstärkt wahr, dass unsere Gesellschaftsform der Demokratie immer wieder auf dem Spiel steht und daher nicht selbstverständlich ist. Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit steht vor großen Herausforderungen. Das Vertrauen in Institutionen und Prozesse lässt nach, die Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger an Beteiligung und Gerechtigkeit werden nicht erfüllt. Das Gefühl, in politischen Diskursen und Prozessen nicht ausreichend repräsentiert zu sein, kann zu einem Legitimitätsverlust der Demokratie führen und auch Spaltungstendenzen verstärken. Dies fordert eine Grundlage des Miteinanders heraus (vgl. www.bosch-stiftung.de).

Um die Demokratie zu erhalten, muss also einiges getan werden. Dabei gilt, dass wir zuerst an die denken sollten, die zukünftig in diesem Land leben (und die Demokratie wahrscheinlich mit großer Selbstverständlichkeit sehen, da sie weiter von anderen Regierungsformen entfernt sind als ältere Generationen): die Jugendlichen!

Deswegen ist ein Schwerpunkt der Demokratiebildung, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für das Thema zu sensibilisieren und über das Thema aufzuklären. Das Ziel muss es sein, bei jungen Menschen schon früh ein Verständnis – und auch Begeisterung – für Demokratiebildung zu erwecken. Demokratiebildung will nicht „nur“ erziehen, sondern jungen Menschen neben dem Wissen auch das Werkzeug an die Hand geben, mit dem sie Demokratie leben können. Sie sollen aktiv ihre eigenen Werte und Vorstellungen entwickeln, diskutieren und auch vertreten können. Respekt, Toleranz, Zivilcourage und eine konstruktive Debattenkultur sollen bei Kindern und Jugendlichen stets präsent sein.

Was ist Demokratiebildung?

Demokratin oder Demokrat zu sein muss man lernen. Deswegen vermittelt Demokratiebildung unsere Verfassungsprinzipien im Grundgesetz und deren Bedeutung für ein freies und gerechtes Zusammenleben.

Warum ist Demokratiebildung wichtig?

Nur wer seine Mitgestaltungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik sowie seine Grundrechte kennt, kann ein selbstbestimmtes Leben in unserer Demokratie führen und sich für seine Interessen einsetzen.

Wo kann Demokratiebildung geschehen?

Grundsätzlich überall. In Bildungsinstitutionen (bspw. Kitas, Schulen, Universitäten usw.), in Vereinen und Verbänden, in Kommunen...

Eine große Rolle bei dieser Aufgabe kommt den Schulen zuteil, aber auch Kindertagesstätten und anderen Bildungseinrichtungen. Hier verbringen junge Menschen einen Großteil ihrer Zeit und sollen auf das spätere Leben vorbereitet werden. Um ihnen eine sichere Zukunft im System Demokratie zu bieten und gleichzeitig für Stabilität zu sorgen, muss Demokratiebildung zu einem zentralen Thema in allen Bildungseinrichtungen gemacht werden.



2. Erlass zur Stärkung der Demokratiebildung an Schulen

Der Erlass zur Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft nimmt Bezug auf die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz. Weitere Grundlagen bilden der Referenzrahmen des Europarates „Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ und der Erlass Bildung für nachhaltige Entwicklung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft. Aber auch die Ziele des UNESCO Programms „BNE 2030“ bieten Anhaltspunkte. Jungen Menschen politische Teilhabe zu ermöglichen und Partizipation zu stärken, ist ein zentrales Anliegen der Demokratiebildung.

Ziele und Aufgaben der Demokratiebildung an Schulen (u.a.):

- Junge Menschen ermutigen, kritisch und selbstreflexiv in demokratischen Aushandlungsprozessen mitzuwirken.
- Die Mündigkeit junger Menschen fördern und festigen sowie Engagement ermöglichen.
- Das Erleben von Vielfalt und positiver Umgang mit Verschiedenheit.
- Die Entwicklung und Festigung demokratischer Werte, Einstellungen und Haltungen.
- Schule als Ort für kritisch-konstruktive Gespräche erleben (bspw. Beutelsbacher Konsens).

Demokratiebildung reicht weit über Kompetenz- und Wissensvermittlung in einzelnen Fächern hinaus. Sie stellt vielmehr ein wichtiges Kriterium von Unterrichts- und Schulqualität insgesamt dar. Die Förderung der Demokratiebildung ist eine Aufgabe der gesamten Schulgemeinschaft und soll auf allen Ebenen qualitativ gestärkt und stets weiterentwickelt werden.

An berufsbildenden Schulen ist die Stärkung der Demokratiebildung in den Zielvereinbarungsprozess zu integrieren. An allgemeinbildenden Schulen sollte die Stärkung der Demokratiebildung im Schulprogramm verankert werden, an Ganztagschulen darüber hinaus im Ganztagskonzept.

Die Entwicklung einer partizipationsorientierten und demokratischen Schulkultur kann durch eine Vielzahl abgestimmter Maßnahmen, wie zum Beispiel durch die Einrichtung von Klassenräten, Schülerinnen- und Schüler-Parlamenten, selbstverwalteten Arbeitsgemeinschaften, Vollversammlungen, durch Projektlernen, die Weiterentwicklung einer Feedbackkultur oder die Stärkung von Peer Learning gefördert werden. Geeignet sind zudem pädagogische Ansätze, die in freieren Formaten Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit stärken. Hierzu können zukünftig auch Angebote im Rahmen des Ganztags geschaffen werden.

Demokratiebildung erfordert auch die Öffnung der Schule nach außen, das heißt, sie entwickelt und stärkt Kooperationen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Personen sowie betrieblichen Partnerinnen und Partnern, mit Einrichtungen der Jugendhilfe, Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene wie Jugendparlamenten oder Jugendzentren, Kommunen, Gedenkstätten, Museen und weiteren außerschulischen Lernorten. Ziel ist es, vielfältige Anlässe und Lerngelegenheiten für soziales Engagement und politische Partizipation zu schaffen. Dies schließt Formen des Globalen Lernens, internationale Partnerschaften und europabezogene Aktivitäten ausdrücklich ein (vgl. MK 2021).



3. Demokratiebildung im Landkreis Osnabrück

Demokratische Prinzipien und friedenspädagogische Initiativen sind angesichts globaler Krisen und beispielloser politischer und zivilgesellschaftlicher Herausforderungen wichtiger denn je. Auch im Landkreis Osnabrück soll Demokratiebildung verstärkt in den Blick genommen werden.

Wir unterscheiden zwischen zwei Ebenen der Demokratiebildung:

1. Ebene: Partizipation als demokratischer Prozess

- Demokratiebildung als Ergebnis von pädagogisch angeleiteten Erfahrungen der Partizipation
- Lebensräume von jungen Menschen als wichtiger Baustein der Partizipation in Kommunen und Bildungseinrichtungen
- Kinder- und Jugendpartizipation unterstützt durch Fachkräfte

Partizipation darf keine Phase oder ein Projekt sein. Gelingende Partizipation muss nicht als Endpunkt, sondern als Teil eines demokratischen Prozesses angesehen werden, den es zu gestalten und zu begleiten gilt (vgl. <https://zekos-ev.de/>).

2. Ebene: Vermittlung von Grundwerten der Demokratie

- Haltung entwickeln
- Offenheit und Bereitschaft
- Toleranz für andere Lebensformen

Einige der wichtigsten demokratischen Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland lassen sich in der freiheitlich demokratischen Grundordnung (kurz: FDGO) des Grundgesetzes finden. Im Zentrum steht dabei die Achtung der Menschenrechte, vor allem des Rechts jedes Menschen auf Leben und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Alle demokratischen Werte lassen sich letztendlich auf die Achtung der Menschenrechte zurückführen, wie zum Beispiel Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese Grundwerte stehen teilweise allerdings im Spannungsverhältnis zueinander, wie beispielsweise Freiheit und Sicherheit. Ein Ziel von Demokratiebildung ist es, individuelle Verantwortlichkeit für strukturelle Ungleichheiten zu vermitteln.

Schon Kinder und Jugendliche brauchen ein Wertesystem, um sich zu orientieren. Auch sie hinterfragen Regeln, testen Grenzen aus, schließen in Konflikten Kompromisse und kommen zu gemeinsamen Lösungen, nicht nur untereinander. Sie stellen auch allgemeine Lebensweisen und Regeln in Frage, die möglicherweise zulasten einzelner Gruppen oder ganzer Generationen gehen. Dass schon junge Menschen politisch und gesellschaftlich interessiert sind, zeigt unter anderem die gelebte Praxis: Ob „Fridays for Future“ oder „Black Lives Matter“, in beiden Bewegungen haben sich auch viele junge Menschen für politische Themen engagiert. Sie protestieren und demonstrieren für ihre Interessen und gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung ihrer Zukunft und treiben so die Entwicklung unserer Gesellschaft voran. Sie haben, teils auch mit zugespitzter Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, lange vor der Energiekrise den Klimawandel, ressourcenschonendes Wirtschaften, erneuerbare Energien und viele weitere Nachhaltigkeitsaspekte zu einem großen Thema in der Politik gemacht. Das ist gelebte Demokratie. Grundsätzlich gilt es, Interesse und Engagement zu unterstützen. Selbstwahrnehmung, Achtsamkeit, Selbstverantwortung, Selbstwirksamkeit, Selbstvertrauen, Partizipation und Teilhabe früh und in allen Beziehungen zu erfahren, zu erlernen und anzuwenden, stärkt jede und jeden Einzelnen. Und es stärkt die gemeinwohlorientierte demokratische Kultur unserer Gesellschaft. Die Demokratie wird widerstandsfähiger gegen antidemokratische, die Mitte radikalisieren wollende Tendenzen von rechts und von links, wenn alle Menschen -unabhängig von ihrer Herkunft, Ethnie oder Kultur- die Möglichkeit zur Teilhabe haben und diese auch mit echtem Einfluss und dem Gefühl, etwas bewirken zu können, einhergeht. Darum ist es gut und wichtig, dass ein breites Verständnis von politischer Bildung und Demokratiebildung heute fester Bestandteil einer demokratischen (Bildungs-) Kultur ist. Um allen eine sichere Zukunft im System Demokratie zu bieten und gleichzeitig für Stabilität zu sorgen, muss Demokratiebildung zu einem zentralen Thema im Landkreis Osnabrück gemacht werden.



4. Demokratiebildungsanlässe

Die Bildungsprozesse eines Menschen umfassen die kontinuierliche Entwicklung von Fähigkeiten und die Erweiterung seines Wissens im Laufe seines Lebens. Sie realisieren sich an verschiedenen Bildungsorten und in vielfältigen Lernwelten. Damit Bildung im umfassenden Sinne angemessen verstanden werden kann, muss das Zusammenspiel der unterschiedlichen Bildungsorte und Lernwelten und der dabei stattfindenden formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozesse über die gesamte Lebensdauer in den Blick genommen werden.

4.1 Politische Bildung

Politische Bildung hat folgende Ziele:

- Sie soll Bürgerinnen und Bürgern Wissen und Kompetenzen vermitteln, mit denen sie sich ein eigenes Urteil bilden und selbstbestimmt Entscheidungen fällen können.
- Sie soll Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, die eigene Situation zu reflektieren, Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit für die Gesellschaft zu erkennen, zu übernehmen und gestaltend auf Prozesse einzuwirken.

Politische Bildung in Deutschland ist unparteiisch, aber nicht wertfrei. Grundlage ist das Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Politische Bildung soll gerade dort ansetzen, wo der Zusammenhalt der Gesellschaft in der freiheitlichen Demokratie gefährdet ist (www.bmi.bund.de). Zusammenfassend bezeichnet politische Bildung bewusst geplante und kontinuierliche Angebote und Maßnahmen von Bildungseinrichtungen, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Wissen und Kompetenzen zur selbstständigen Teilnahme am politischen Leben vermitteln.

4.2 Informelle Bildung

Unter informeller Bildung werden ungeplante und nicht intendierte Bildungsprozesse verstanden, die sich im Alltag von Familie, Nachbarschaft, Arbeit und Freizeit ergeben, aber auch fehlen können. Sie sind zugleich unverzichtbare Voraussetzungen, auf dem formelle und nicht-formelle Bildungsprozesse aufbauen können (vgl. www.netzwerk-stiftungen-bildung.de). Informelles Lernen findet zumeist selbstgesteuert und aufgrund von individuellen Interessen und Präferenzen statt. Daraus ergibt sich ein hohes Maß an Motivation und Lernbereitschaft des Einzelnen – eine ideale Grundlage für Bildung, an die es anzuknüpfen gilt (www.bne-portal.de).

Informelle Bildung bezieht sich dabei immer auf lebenslange Lernprozesse, in denen Menschen Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen durch Einflüsse und Quellen der eigenen Umgebung erwerben und aus der täglichen Erfahrung (Familie, Nachbarn, Marktplatz, Bibliothek, Massenmedien, Arbeit, Spiel etc.) übernehmen. Da informelles Lernen nichtorganisiertes Lernen ist, kann es nicht gesteuert, sondern nur unterstützt oder angeregt werden.

4.3 Non-formale Bildung

Die non-formale Bildung ist in manchem freier als die formale Bildung: Es gibt beispielsweise keine festen Lehrpläne und Organisationsstrukturen. Dies bringt gleichermaßen Chancen wie auch Herausforderungen mit sich. Wie kann in so einem nicht-formalen System eine strukturelle Verankerung von Bildung gelingen? Die Vielzahl an Trägern und die Heterogenität der Lerngruppen und Methoden erschwert dies zudem (www.bne-portal.de). Anknüpfungspunkte für non-formale Bildung sind die innerbetriebliche Weiterbildung, private Sprachlernkurse, politische Weiterbildung oder Weiterbildungen im Freizeitbereich.

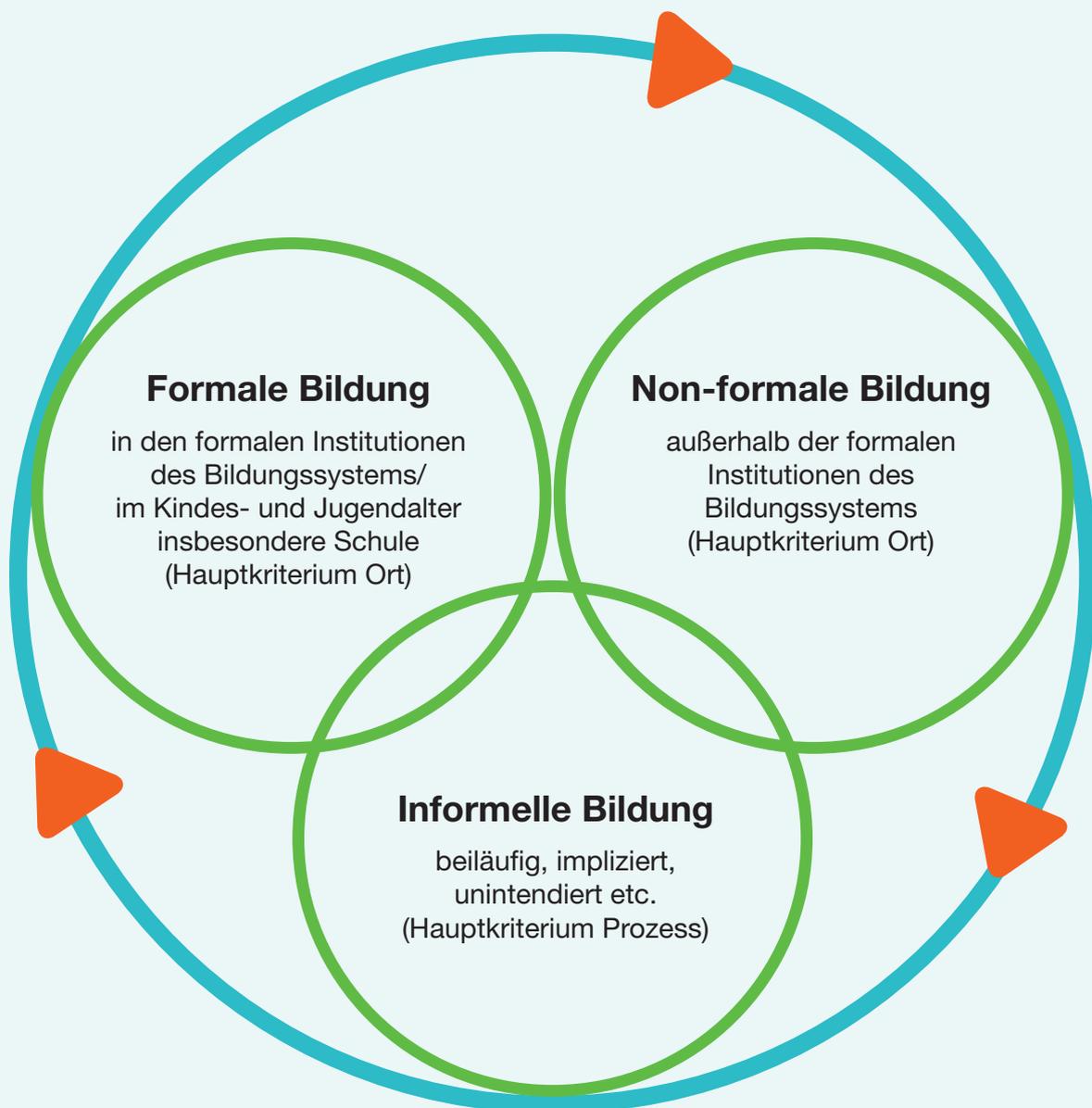


4.4 Formale Bildung

Unter formaler Bildung wird das gesamte hierarchisch strukturierte und zeitlich aufeinander aufbauende Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem gefasst, mit weitgehend verpflichtendem Charakter und (unvermeidlichen) Leistungszertifikaten. Dazu gehören auch spezielle Programme zur technischen und beruflichen Bildung. Alltagsbildung, die in non-formalen und informellen Bildungswelten stattfindet, kann als Voraussetzung formaler Bildung im Bildungswesen aufgefasst werden: Ob Kinder und Jugendliche die notwendigen Kompetenzen erwerben, um in einer Gesellschaft orientierungs- und handlungsfähig zu bleiben und im formalen Bildungssystem zu bestehen, hängt stark von ihrem Zugang zu Alltagsbildung ab.

Drei Arten der Bildung

Informelle, formale und non-formale Bildung ergänzen einander und verstärken wechselseitig den lebenslangen Lernprozess.



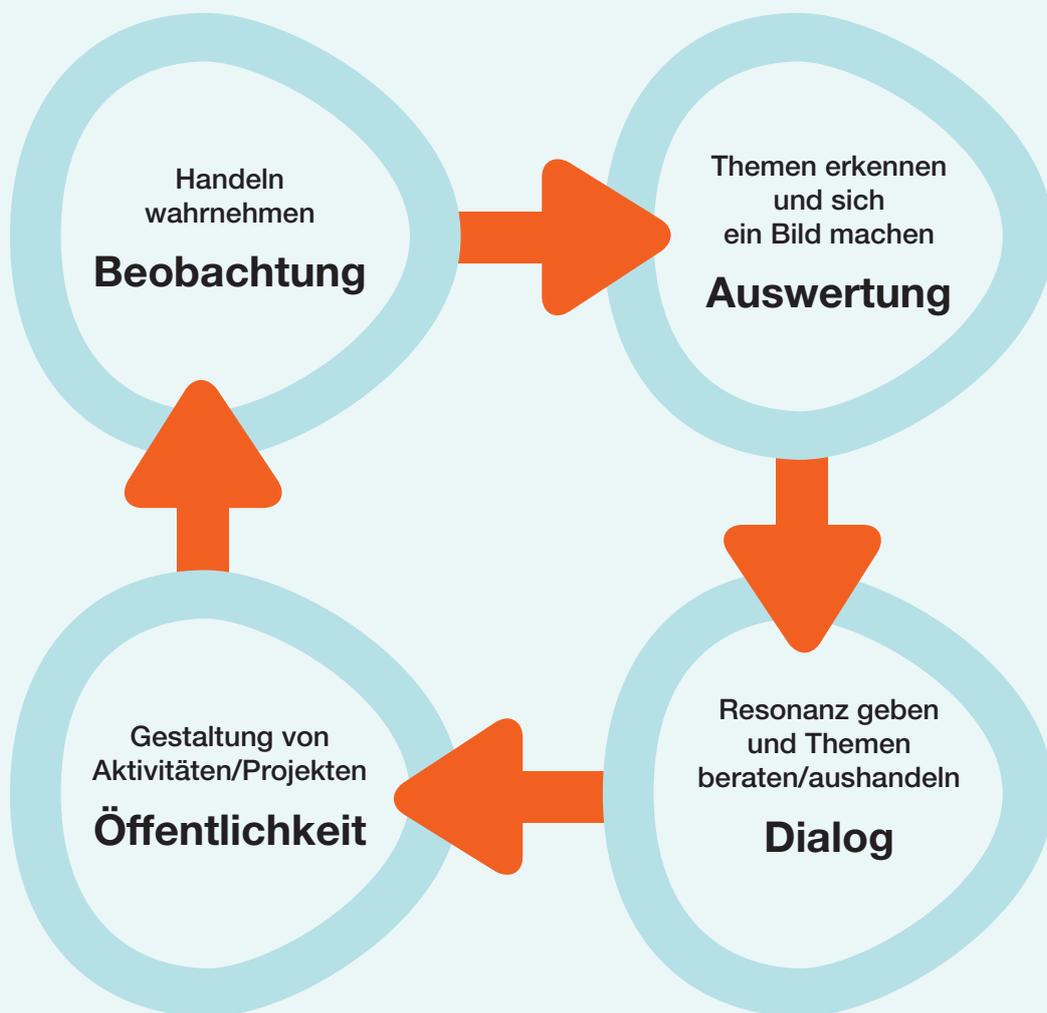


5. Zusammenfassung und Ausblick

Wo kann Demokratiebildung geschehen? Grundsätzlich überall.

Dieses Konzeptpapier zeigt, wie vielfältig die Ansätze und Umsetzungsmöglichkeiten im Landkreis Osnabrück sind. Entlang der gesamten Biographiekette gibt es verschiedene Beispiele, wie Demokratiebildung gelingen kann. Aber: Partizipation ist für alle Beteiligten ein dauerhafter Lernprozess, der sich mit unterschiedlichen und immer neuen gesellschaftlichen Herausforderungen verändern darf und auch muss.

Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit entwickeln sich aus der Position des handelnden Subjekts heraus. Politisches Denken und demokratische Willensbildungsprozesse können trainiert werden, Beteiligungskompetenzen durch Mitwirkung und Gestaltung konkreter Vorhaben und Projekte und Erkennen politischer Partizipationsmöglichkeiten können in unterschiedlichen Formaten erprobt werden.



Das Thema Demokratiebildung ist ein Schwerpunktthema der Bildungsregion Landkreis Osnabrück. Gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren im Bildungswesen sollen weitere Aktionsfelder thematisiert und entsprechende Umsetzungsprozesse für eine gelingende Demokratiebildung im Landkreis Osnabrück angestoßen werden!

Beachten Sie bitte auch unseren Wegweiser Demokratiebildung unter www.landkreis-osnabrueck.de/wegweiser-demokratiebildung. Er bietet Orientierung und Informationen über Angebote im Kontext Demokratiebildung und richtet sich an alle, die in der pädagogischen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen tätig sind und die Demokratiebildung vor Ort stärken wollen.



Literaturverzeichnis

Buchquellen:

- Rohlfs, C. (2011). Bildungseinstellungen. Schule und formale Bildung aus der Perspektive von Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Internetquellen:

- Kultusministerium (2021): Runderlass zur Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft (PDF-Datei vom 11.05.2021)
- <https://www.bosch-stiftung.de/de/thema/demokratie> (Zugriff am 29.12.2022)
- <https://jugendhilfeportal.de/artikel/niedersachsen-erstellt-massnahmenplan-zur-staerkung-der-demokratiebildung> (Zugriff am 02.01.2023)
- <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-bildung/politische-bildung-node.html> (Zugriff am 13.11.2023)
- <https://www.bne-portal.de/bne/de/einstieg/bildungsbereiche/non-formale-informelle-bildung/non-formale-informelle-bildung.html> (Zugriff am 13.11.2023)
- <https://www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/wissenscenter/glossar/bildungsformen> (Zugriff am 13.11.2023)
- <https://www.schulministerium.nrw/demokratie-leben-lernen-warum-wofuer-wann-und-wie-schule-als-ein-idealer-lern-und-lebensraum-fuer> (Zugriff am 20.11.2023)
- <https://zekos-ev.de/> (Zugriff am 20.11.2023)

Chancen- und Bildungsgerechtigkeit – Bildung als Investition in die Zukunft




BILDUNGSREGION
Landkreis Osnabrück

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an uns:

Das Team der Bildungsregion Landkreis Osnabrück
Stabsstelle Bildungskoordination
Telefon 0541 501 1724
Mail: bildungsregion@Lkos.de
www.landkreis-osnabrueck.de/bildungsregion



*Bildung
gerecht gestalten*